

Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall

Ergebnisse einer qualitativen Studie
im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Serge Embacher

GUTACHTEN

EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

3





Die arbeitende Mitte in Ost-
und Westdeutschland
25 Jahre nach dem Mauerfall

Ergebnisse einer qualitativen Studie
im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

ISBN 978-3-95861-142-9

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Verfasser

Dr. Serge Embacher

Durchführende der zugrundeliegenden Studie

TNS Infratest Politikforschung:
Ulrike Hegewald
Rita Müller-Hilmer

Redaktion

Dr. Dietmar Molthagen

Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos

Fotolia, Pellens

Webfassung

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2015

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Inhalt

EINLEITUNG – DIE MITTE IM FOKUS	4
1. DIE BEFRAGTEN – METHODE UND ZIELGRUPPE.....	5
2. LEBENSSITUATION UND LEBENSGEFÜHL.....	6
2.1 Zeitprobleme und Stress.....	6
2.2 Angst vor Statusverlust	7
2.3 Starke Fixierung auf das Private.....	8
2.4 Pragmatismus und starkes Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit	8
3. BEDEUTUNG GESELLSCHAFTLICHER WERTE	10
4. BLICK AUF DEUTSCHLAND.....	12
5. BLICK AUF DIE POLITIK	13
6. WAHRNEHMUNG VON PROBLEMLAGEN NACH THEMEN.....	14
6.1 Arbeitsmarktpolitik	14
6.2 Wirtschaftspolitik.....	15
6.3 Fortschritt und Digitalisierung	16
6.4 Sozialpolitik	17
6.5 Familienpolitik	17
6.6 Bildungspolitik	19
6.7 Steuerpolitik	20
6.8 Innere Sicherheit.....	21
7. WAHRNEHMUNG DER VOLKSPARTEIEN.....	22
FAZIT	25
ANHANG.....	26

Einleitung – Die Mitte im Fokus

Die gesellschaftspolitischen Debatten der letzten Jahre kreisen oft um benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Unter den Stichworten Integration und Inklusion geht es um die Verbesserung der schulischen und vorschulischen Situation für Kinder aus sozial benachteiligten Familien, um die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft unter den Vorzeichen von Toleranz und Fairness, um die „Wiedereingliederung“ von Erwerbslosen in die Welt der bezahlten Arbeit, um bessere Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung oder auch um die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen oder Menschen mit „Transgender“-Perspektive.

Allen diesen Diskussionen ist gemeinsam, dass sie sich um die Verbesserung der Lebenssituationen von spezifischen gesellschaftlichen Zielgruppen drehen. Die aufgeklärte Gesellschaft versucht dabei in der „flüchtigen Moderne“ (Zygmunt Baumann), das heißt nach dem Verdampfen alles Hergebrachten und Traditionellen, sich neue Klarheit über Identitäten und Zugehörigkeiten zu verschaffen. Dieser unausweichliche, langwierige und konfliktbeladene Prozess, an dem sich auch – teils aus populistischem Kalkül, teils mit dem Ziel der Verortung – die politischen Parteien beteiligen, lässt bisweilen die Tatsache verblasen, dass es sich hierbei um einen Prozess der Integration von Minderheiten in die große Mitte der Mehrheitsgesellschaft handelt. Die Lebenswirklichkeit der breiten Masse der Bevölkerung ist davon nach wie vor höchstens am Rande berührt.

Für die „arbeitende Mitte“ in Deutschland, also die mehr als 40 Millionen lohnabhängig Beschäftigten und ihre Familien, verläuft das Leben mit seinen Höhen und Tiefen, Erfolgen und Nöten, Kämpfen, Siegen und Niederlagen weitgehend unabhängig von den medial stark befeuerten Debatten des oben skizzierten Typs. Die Miete will bezahlt, die Kinder wollen erzogen, Karriere will gemacht und das Leben möglichst angenehm gestaltet werden. Es sind diese eher unspektakulären und daher „unter dem Radar“ der öffentlichen Wahrnehmung verlaufenden Lebensverläufe, die nach wie vor die übergroße Mehrheit bilden. Daher sind sie auch für die großen Parteien von gesteigertem Interesse – oder sollten es zumindest sein.

In der vorliegenden Studie geht es genau um diese „arbeitende Mitte“, die man auch als den Stakeholder schlechthin für die Volksparteien betrachten kann. Parteien wie die Grünen, die FDP, die Piraten oder auch die AfD suchen sich aus dem bunten Strauß gesellschaftspolitischer Themenvielfalt etwas heraus und machen damit Politik: Man kümmert sich um die ökologische Frage, um Steuerpolitik, um die digitale Gesellschaft oder auch um den Euro oder die angebliche „Überfremdung“ und „Islamisierung“ Deutschlands. Volksparteien hingegen, zumal wenn sie ihren Anspruch der Gemeinwohlorientierung ernst nehmen, müssen sich an den Ansprüchen vieler verschiedener Interessen orientieren und sich fragen, was jeweils aus ihrer Sicht gute Politik für gesellschaftliche Mehrheiten wäre. Das ist der eigentliche Sinn von Volksparteien, die auf diese Weise integrierend und für die Demokratie stabilisierend wirken. Im Repertoire der politischen Rede beziehen sich sowohl SPD als auch die Unionsparteien (CDU und CSU) häufig und in immer neuen Variationen auf eine „Politik für die Mitte“, der sie sich – angeblich oder tatsächlich – verschrieben haben. Doch angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Dynamisierung, angesichts des rasanten Wandels hin zu einer multikulturellen, multiethnischen, multioptionalen Gesellschaft wird das Konzept der politischen Mitte heute eher diffuser als klarer.

Wer oder was ist diese angenommene Mitte heute eigentlich? Was macht sie aus? Und wie geht es der „arbeitenden“ Mitte heute, 25 Jahre nach dem Mauerfall? Was denkt sie über ihr Leben, unsere Gesellschaft, über Politik und über die beiden Volksparteien? Wie ist deren Image in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung? Spielt die Unterscheidung in Ost- und Westdeutschland noch eine Rolle? Das sind die Fragen, die in einer Studie des Instituts TNS Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt wurden. Die wichtigsten Ergebnisse sind im Folgenden zusammengefasst. Sie können von den Volksparteien als Anlass genommen werden, ihre jeweilige Politik der Mitte kritisch zu reflektieren, laden aber auch ein zu einer Debatte über den heutigen Status der Volksparteien und ihre Fähigkeit, ihren grundgesetzlich festgelegten Auftrag zu erfüllen.

1. Die Befragten – Methode und Zielgruppe

Die Studie von TNS Infratest resultiert aus der Befragung von insgesamt 53 Personen, die nach bestimmten Kriterien (Geschlecht, Alter 25 bis 45 Jahre, Bildung, Parteipräferenz SPD oder CDU/CSU, berufliche Tätigkeit, Familienstand) ausgewählt und in so genannten Fokusgruppen gebündelt wurden. Es war keine quantitative Analyse beabsichtigt, vielmehr ist mit der inhaltlichen Auswertung der acht Fokusgruppengespräche ein Panorama von Gefühlen, Ansichten und Meinungen entstanden, das zwar – im engeren wissenschaftlichen Sinne – nicht als repräsentativ, aber gleichwohl als symptomatisch für den Zustand der arbeitenden Mitte der Gesellschaft gelten kann. Die Gespräche fanden in Hamburg, Essen, Nürnberg und Cottbus statt.

Die hier vorgelegte Darstellung der zentralen Ergebnisse der Studie ist vor allem auf der Basis der direkten Aussagen der Befragten geschrieben worden. Auf eine interpretierende Überformung der Statements und Meinungsäußerungen wurde weitgehend verzichtet, um die „vox

populi“, die in den Gesprächen sehr gut zum Ausdruck gelangt, möglichst ungefiltert zum Klingen zu bringen. Denn die befragten Telekommunikationselektroniker, Hausfrauen, Altenpflegerinnen, Krankenschwestern, Immobilienmakler und -verwalter, Friseurmeisterinnen, Erzieherinnen, Einzelhandels-, Versicherungs- und Bürokaufleute, kaufmännischen Angestellten, Berufssoldaten, Angestellten im sozialen Dienst, Anwendungsentwickler, kleinen Selbstständigen, Verkäuferinnen und Verkäufer, Modedesignerinnen, Gastronominnen, Arzthelferinnen, freiberuflichen Künstlerinnen, Controller, Studierenden, Servicetechniker, Schlosser, Brunnenbauer, Kosmetikerinnen, Call Center Agents, Taxifahrer, Stadtplaner, Telefonistinnen, Polizeibeamtinnen, Vertriebsleiter, Bauzeichner, Personalberater, Key Account Manager und Projektreferentinnen entstammen alle jener Mitte, die trotz aller gesellschaftlichen Umbrüche die Mehrheit der Gesellschaft ausmacht.

Der Grafik lassen sich die Grunddaten der Untersuchung entnehmen:

Grafik 1:

Zielgruppe	Beschäftigte in Hamburg, Essen, Nürnberg und Cottbus
Methode	8 Fokusgruppen
Fallzahl	53 Befragte
Durchführung	4., 5., 10. und 16. November
Quotiert nach	Geschlecht, Alter, Bildung, Parteipräferenz, Tätigkeit
Institut	TNS Infratest Politikforschung
Ansprechpartner	Rita Müller-Hilmer 030 533 22-200 / Ulrike Hegewald 030 533 22-207

2. Lebenssituation und Lebensgefühl

Zu Beginn der Gespräche wurden Fragen zur jeweiligen *Lebenssituation* sowie zum allgemeinen Lebensgefühl gestellt. Damit wurde zunächst einmal das Feld grundlegend verortet, das heißt, wir lauschen hier typischen Mittelklasse-Stories, wie sie in Deutschland wohl millionenfach vorkommen und die daher für das Erkenntnisinteresse der Studie höchst relevant sind. Die unter 30-Jährigen befinden sich häufig noch in der Orientierungsphase und stehen am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn. Sie fragen sich oder arbeiten an der Frage, wohin der Lebensweg gehen soll. Doch gibt es auch in dieser Altersgruppe schon erste Anzeichen für die vielbeschworene lebenslange Flexibilität, welche die komplexe berufliche Realität Menschen heute abringt. Man überlegt, ob man den einmal eingeschlagenen Weg nicht noch einmal ändern soll, ob man nicht vielleicht – ungeachtet der Tatsache, dass das Begonnene als gut und richtig empfunden wird – doch lieber wieder umsteuern soll.

Bei den über 30-Jährigen scheint sich die Situation dann zu wandeln. Zwar gibt es auch hier regelmäßig Umbrüche und Veränderungen, doch sind diese Variationen des Lebenswegs weniger eigener Umtrieblichkeit als vielmehr äußeren Einschnitten oder Brüchen zu „verdanken“. Anlass zur Neuorientierung bieten biografische Brüche wie eine Trennung vom Lebenspartner oder erste, meist beruflich bedingte gesundheitliche Probleme.

Jede Lebenssituation erzeugt ein bestimmtes *Lebensgefühl* oder auch ein Bündel von Gefühlslagen, welche die Wahrnehmung der privaten Umgebung und der öffentlichen Sphäre der Gesellschaft wesentlich prägen. Die vier typischen Lebensgefühle, die sich in den Gesprächen herauschälten, waren Zeitprobleme (Stress), Angst vor Statusverlust, Fixierung auf das Private, Pragmatismus und Selbstvertrauen. Diese Kombination deutet auf eine dem Politischen ferne Grundlebenshaltung der arbeitenden Mitte. Anders gesagt: In der Wahrnehmung des Außen dominieren negative Gefühle (Stress, Angst), während

die Binnenperspektive des Privaten positiv besetzt ist. Das wirft – zu einem überraschend frühen Zeitpunkt – die Frage auf, inwiefern die fokussierte Gruppe überhaupt für politische Anliegen oder gar Programme empfänglich ist – müssen diese doch immer aus dem potenziell negativ konnotierten Raum des Außen kommen und haben es damit von vornherein schwer.

2.1 Zeitprobleme und Stress

Stress wird zum großen Teil durch berufliche Belastungen hervorgerufen. Sehr häufig gilt: Man ist zeitlich durch die Arbeit sehr stark vereinnahmt und macht regelmäßig Überstunden. Man nimmt zu selten Urlaub und kommt nicht dazu, freie Tage einzulegen. Auch außerhalb der Arbeitszeit unterwirft man sich der Maxime steter Erreichbarkeit. Das Smartphone ist das Symbol schlechthin für diese Stress hervorrufende Disposition¹. Ständige Erreichbarkeit erzeugt ein dauerhaft gestresstes Lebensgefühl, was durch einen als stark empfundenen *Leistungsdruck* noch gesteigert wird.

„In jedem Betrieb, den ich kenne, habe ich immer einen im Rücken, der sagt, wenn jeder zwei Sekunden schneller arbeitet und wenn wir das alle [...] machen, dann haben wir wieder eine halbe Stunde gespart.“

Dies führt teilweise zu veritablen Überlastungssymptomen. Man sieht sich am Ende seiner Reserven, einige Teilnehmenden berichten von Burnout-Symptomen oder -Erfahrungen. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Situation von Frauen, für die – auch nach und trotz jahrzehntelanger Geschlechterdebatte – nach wie vor die Doppelbelastung durch Beruf und Familie evidente und tägliche Erfahrung ist.

1 Alle Befragten waren aufgerufen, zu dem Fokusgruppengespräch einen für ihr Lebensgefühl typischen Gegenstand mitzubringen. Diese Gegenstände wären zusammengekommen ihrerseits Gegenstand für eine Art Ethnologie der eigenen Gesellschaft (M. Foucault), was an dieser Stelle nur angedeutet werden kann.

In dieser Situation spielt die *Suche nach Ausgleich* für die Belastungen der Arbeitswelt eine große Rolle. Hobbys und Freizeit haben vor allem für Jüngere und Singles einen hohen Stellenwert. Auffällig ist die große Bedeutung des eigenen Zuhauses als wichtige Rückzugs- und Schutzzone vor den Zumutungen des beruflichen Alltags. Man sorgt dafür, am Wochenende nicht für den Arbeitgeber erreichbar zu sein, man richtet sich in ritualisierten Situationen ein (das „Teelichtchen“ entzünden) und will „nur noch abschalten“.

2.2 Angst vor Statusverlust

In der bisherigen Beschreibung scheint die Berufswelt vor allem als eine belastende Sphäre im Bewusstsein vorzuherrschen. Diese Qualität dürfte nicht neu sein, ist doch die mit der Entwicklung der modernen Gesellschaft etablierte strikte Trennung von Erwerbsarbeit und Privatsphäre ein sehr lange favorisiertes Modell für die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen gewesen. Mit der Beschleunigung der Produktionsverhältnisse und im Zuge einer aggressiver werdenden Wirtschaftswelt mit unter wachsendem Konkurrenzdruck zunehmender Belastung wird diese Unterscheidung – und damit eine kulturell eingeübte Praxis – tendenziell eingeengt, was durchweg als negativ empfunden wird. Als vollends bedrohlich wird die Lage dann wahrgenommen, wenn zu den beschriebenen Tendenzen die um sich greifende *Angst vor Statusverlust* hinzu kommt.

Zwar gibt es deutliche Unterschiede in der Einschätzung der eigenen finanziellen Situation. Für Jüngere und junge Familien gilt mehrheitlich, dass ihre finanzielle Situation wenig komfortabel ist. Mehrfach gilt aber auch, dass man in relativem Wohlstand lebt, weil man „einen Euro mehr [hat], als man braucht“ und sich auch Dinge leisten kann, die nicht unbedingt nötig sind. Mehrfach wurde auch berichtet, dass man mit seinem Geld gut auskomme.

Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangslagen gilt aber überraschend einhellig: Der erreichte Status erscheint permanent bedroht. Generell wird wahrgenommen, dass der finanzielle Druck auf die Mittelschicht zunimmt und die Lebenshaltungskosten steigen (vor allem die Miete), während die Gehälter gleich bleiben. Allerdings wird auch

eingeräumt, dass die Konsumansprüche immer weiter ansteigen, was die im Grunde selbstverschuldete Angst nach sich zieht, nicht mehr mithalten zu können.

Als Bedrohungsszenario wird häufig der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes dargestellt. Die latente, aber permanente Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und ihre durch die in den letzten zehn Jahren etablierte „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ politisch verursachten Folgen sorgen für „eine Angst, die immer mitschwingt“.

„Heute hat man nie einen wirklich sicheren Job. Als ich 1990 mit der Ausbildung anfang, hieß es, geh zu Hertie oder Karstadt, hast du ausgesorgt bis zum Lebensende, gehen nie pleite. Wie sieht es jetzt aus[?]“

Man hält sich selbst für austauschbar und fürchtet Konkurrenz durch das „Outsourcing“ von Aufgaben aus dem Unternehmen, durch Mitbewerber aus dem europäischen Ausland, durch Niedriglohnbeschäftigte, Minijobber und vereinzelt auch durch leistungsstärkere Kollegen.

Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Sorge um die *finanzielle Absicherung* im Alter. Dass bereits heute die gesetzliche Rente bei vielen Menschen nicht zum Leben reicht, veranlasst die Befragten dazu, für sich selbst nicht mehr mit einer auskömmlichen gesetzlichen Rente zu rechnen. Besonders nach Brüchen in der Erwerbsbiografie gilt die Befürchtung: Man wird im Alter auf Hilfe vom Staat angewiesen sein. Viele haben deshalb die Bedeutung privater Zusatzvorsorge erkannt, bisweilen gilt auch das „Prinzip Hoffnung“ in Form erhoffter Erbschaft. Symptomatisch für die Angst vor dem Statusverlust ist die negative Einfärbung fast aller Äußerungen zu diesem Thema. Man fühlt sich schlecht beraten und kann die Qualität der getroffenen Vorsorgemaßnahmen schlecht abschätzen, man fühlt sich über- oder unterversichert, man hält auch die bereits getroffene Vorsorge für wenig verlässlich, man weiß nicht, wie man das Geld für Vorsorge überhaupt aufbringen soll, man glaubt, dass sich wegen der niedrigen Zinsen private Vorsorge eigentlich gar nicht lohne, man argwöhnt gegenüber staatlicher Förderung („Riester-Rente“), die man nicht für verlässlich hält usw.

In diesen Einschätzungen und Stimmungslagen trifft sich die generelle Neigung zu pessimistischer Sichtweise und defätistischer Haltung mit dem teils vagen, teils konkreten Wissen um die tatsächlich verschlechterten Rahmenbedingungen für lohnabhängig Beschäftigte. Die gesetzlich verfügte sukzessive Absenkung des Rentenniveaus durch die Veränderung der Rentenformel im Zuge des Projekts „Rente mit 67“ betrifft die arbeitende Mitte besonders stark. Gleichzeitig ist die von der Politik jahrelang propagierte private Zusatzvorsorge durch schlechte Renditen auf den Finanzmärkten und negative Medienberichte über die staatlich geförderte „Riester-Rente“ ebenfalls mit Fragezeichen behaftet. Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg zeigt sich als Amalgam aus gefühlter und realer Bedrohung.

2.3 Starke Fixierung auf das Private

Diese Gemengelage führt zu einer starken *Aufwertung familiärer Bindungen*. Diese geben im Kontrast zur (wahrgenommenen) Außenwelt Halt und Sicherheit. Der Partner bzw. die Partnerin werden oft als eine wichtige Konstante im Leben beschrieben.

„Also man kann lieber die Arbeit verlieren als die Frau.“

„Familie“ wird im Zeitalter der „Wahlverwandtschaften“ allerdings häufig im weiteren Sinne verstanden, dazu zählt auch der Freundeskreis, der dann als Familienersatz gesehen wird.

Im Zentrum der privaten Welt stehen naturgemäß Kinder. Dabei ist das Lebensgefühl von Familien mit Kindern sowohl von großem Glücksempfinden als auch von steter Sorge geprägt. Dies schlägt sich in der Vorstellung nieder, dass die Kinder noch härter um eine gute Lebenssituation werden ringen müssen als man selbst. In der Schule etwa besteht nach einhelliger Auffassung heute ein deutlich höherer Leistungsdruck. Dass der schulische Alltag von Kindern heute mit ungleich mehr Belastung geprägt ist als noch eine Generation früher (zum Beispiel durch die Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr in einigen Bundesländern), wird als problematisch empfunden, weil Kinder eine Kindheit brauchten, die unter solchen Umstän-

den „auf der Strecke“ bliebe. Außerdem steht vielen die angstbesetzte Vorstellung vor Augen, dass das eigene Kind in dem permanenten Wettlauf um die beste Ausbildung und die besten Jobs nicht mithalten kann.

Insgesamt wird deutlich, dass die Begrenzung des Glücksbegriffs auf das Private als eine Idee konstruiert wird, die es gegen eine aggressive Außenwelt in Schutz zu nehmen gilt, die sich aber zugleich kaum schützen lässt, weil sowohl die Familie als auch die Kinder sich nicht gegen gesellschaftliche Entwicklungen und Zumutungen abschotten lassen. Aufgrund des in den Gesprächen deutlich werdenden weiten Familienbegriffs zeigen sich an dieser Stelle auch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Befragten mit bzw. ohne eigenen Kindern.

Letztlich wurde in den Gesprächen über diesen Themenkomplex eine Haltung deutlich, die per se politikfern ist und die von einer sehr starken Dualität von Gesellschaft auf der einen und Privatleben auf der anderen Seite getragen wird. Dieser Befund ist umso bemerkenswerter als dass die Befragten ja zuvor explizit über die Entgrenzung der Arbeitswelt und deren faktisches Hineinwirken in die Freizeit berichtet haben.

2.4 Pragmatismus und starkes Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit

Die Grundhaltung gegenüber diesem Panorama von Stimmungen und Lebensgefühlen ist *eine Art pessimistischer Pragmatismus*. Man geht davon aus, dass es im Hinblick auf die Zukunft wenig Planungssicherheit gibt. Der Blick auf die Zukunft ist entsprechend illusionslos und pragmatisch. Es gilt die Devise, dass das Leben trotz aller Probleme weitergehen und dass man „aus allem das Beste machen“ müsse.

„Für mich ist das Leben immer eine Baustelle. Irgendwas ist kaputt, dann baut man es wieder auf. Man entwickelt sich.“

Für politisches Denken interessant ist vor allem der Umstand, dass das in der Mittelschicht über Jahrzehnte vorherrschende Vertrauen in die „Wohlstandsgarantie“ nach

der Devise „Leistung lohnt sich“ offenbar zerstört ist. Im Gegenteil herrscht eher die fatalistische Grundhaltung „Nichts ist sicher“ vor. Häufig wird die Überzeugung geäußert, dass sozialer Abstieg heute potenziell jeden (also nicht nur „die Faulen“) treffen und jeder „in der Gosse“ landen kann. Doch auch hier sind die geäußerten Einstellungen teilweise paradox. Während man sich das jederzeit mögliche Scheitern trotz großer Leistungsbereitschaft vor Augen hält, vertraut man dennoch der eigenen Leis-

tungsfähigkeit, die dabei hilft, die Zukunft zu meistern. Anders gesagt: Man vertraut dem Wohlstandsversprechen zwar nicht mehr, verhält sich aber selbst genau gemäß diesem Versprechen. Konkrete Zukunftssorgen betreffen dann folgerichtig häufig den potenziellen Verlust der eigenen Leistungsfähigkeit durch Krankheit oder Alter. Eine Sozialisation in Ost- oder Westdeutschland zeigte dabei keinen voneinander absetzbaren Unterschied in der Einschätzung der Lebenssituation und des Lebensgefühls.

3. Bedeutung gesellschaftlicher Werte

Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, dass bei aller Skepsis gegenüber der realen Politik in Parteien und Parlamenten nach wie vor eine große *Zustimmung zu den Grundwerten der demokratischen Gesellschaft* herrscht.² Dieser Befund gilt auch für die vorliegende Studie. Interessant ist allerdings, welches konkrete Verständnis von bestimmten demokratischen Grundwerten vorherrscht. Dies kann in quantitativen Untersuchungen mit ihren universalisierenden Frage-Settings kaum herausgefunden werden. Insofern bietet die hier beschriebene Studie durchaus genauere qualitative Aufschlüsse.

Zunächst stellte sich bei der Befragung die große Bedeutung der so genannten Kardinaltugenden heraus: „Anstand“ und gegenseitiger Respekt, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit sowie Toleranz gehören zu diesen Tugenden.

Auch die im Grundgesetz kodifizierten Werte genießen eine hohe Priorität: Freiheit wird verstanden als Meinungs-, Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit, von der verantwortungsbewusst Gebrauch gemacht werden soll, „ohne dabei jemand anderen einzuschränken oder weh zu tun“. Des Weiteren wird Sicherheit im Sinne von Sicherheit im öffentlichen Raum („[a]uf der Straße, wo man sich bewegt“) neben Gleichheit als spezifische „Gleichheit vor dem Gesetz“ als besonderer Wert ausgezeichnet. Schließlich stellt Gewaltfreiheit einen wichtigen Grundwert dar, bisweilen versehen mit der übergreifenden Perspektive einer gewalt- bzw. waffenfreien Welt.

Die SPD-Affinen unter den Befragten – also diejenigen, die bei der Frage nach Parteienpräferenz die SPD genannt haben – stellten darüber hinaus gesellschaftlichen *Zusammenhalt* als ein erstrebenswertes Ziel heraus, wenngleich auch hier gepaart mit der kulturkritischen Perspektive eines Niedergangs oder Verlusts gesellschaftlichen Zusammenhalts.

„Dieses Miteinander. Sich sehen und füreinander da sein. Das ist eigentlich ganz wichtig, aber es funktioniert heutzutage leider nicht mehr und geht immer mehr verloren durch die Ellbogengesellschaft. Zusammenhalt, das ist ja eher ein bisschen utopisch leider.“

Gefragt, was genau man unter gesellschaftlichem Zusammenhalt verstehe, fielen Begriffe wie Freundlichkeit im täglichen Miteinander, gegenseitige Rücksichtnahme, Gemeinschaftsgefühl, Gemeinsinn, Solidarität und Zivilcourage.

Der mit gesellschaftlichem Zusammenhalt verbundene Wert der Gerechtigkeit wurde – je nach politischer Ausrichtung – unterschiedlich akzentuiert. Aus Sicht der SPD-Affinen gilt häufig: Gerechtigkeit ist wichtig für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Hier zeigt sich die klassische sozialdemokratische Disposition, der zufolge Gerechtigkeit sich ablesen lässt

- am sozialen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen in der Gesellschaft („dass es keine großen klaffenden Lücken gibt“),
- an einer Umverteilung zwischen Arm und Reich („dass die Großen, die auch viel haben, auch viel abgeben“),
- an der Gleichbehandlung aller sozialen Gruppen („dass kein Unterschied gemacht wird, wie viel man verdient, woher man kommt oder wie man heißt“) sowie
- an Chancengerechtigkeit („wenn man aus eigener Kraft sich irgendetwas aufbauen kann, ohne dass es von irgendeiner Seite gestört wird“).

Aus Sicht der Unions-Affinen war hingegen die Neigung herauszuhören, nicht nach einem generalisierenden Gerechtigkeitsbegriff zu suchen und stattdessen Hilfsbereitschaft und karitatives Handeln im konkreten Fall zu favorisieren. Typisch für diese Haltung ist folgende Äußerung: „Ich finde es schwierig, Gerechtigkeit objektiv festzulegen. Hilfsbereitschaft kann man festlegen. Gerechtigkeit ist ein subjektives Empfinden.“

2 Vgl. etwa Decker et al. 2013, Mörschel / Krell 2012 und Stocker 2014.

Was nun die *Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Lage* angeht, so ist häufig die Einschätzung vorherrschend, dass die deutsche Gesellschaft in vielen Punkten nicht gerecht sei. Dabei wird moniert (vor allem seitens der SPD-Nahen), dass die sozialen Unterschiede zu groß seien sowie, dass die Abgrenzung „nach unten“ unzureichend sei. Man fühlt sich benachteiligt, obwohl man etwas leistet. Der vielbeschworene Sozialneid bricht sich an dieser Stelle oft Bahn in Sätzen wie „Auch wer nicht arbeitet bekommt, was er zum Leben braucht“ oder „Mir ist wichtig, dass Leute, die was arbeiten, mehr Geld kriegen als die, die nichts arbeiten“.

„Wer nicht arbeitet, bekommt zum Teil mehr als man selbst. Als Hartz-IV-Familie ab fünf Kindern lohnt sich das richtig. Für jedes Kind 330 Euro. Wenn man sich das nachrechnet, kommt man auf ..., plus die 120-Quadratmeter-Wohnung, muss ja jedes Kind ein Zimmer haben, ich glaube, das verdient keiner hier am Tisch. Tausende Euro, und dann ist die Waschmaschine kaputt, die brauchen kein Auto, und bei der Normalfamilie muss der Mann zur Arbeit fahren, die Frau muss die Kinder zum Kindergarten fahren oder zur Schule, dann muss man noch zwei Autos bezahlen. Das ist ungerecht.“

In solche Ausführungen mischten sich punktuell auch Ressentiments gegenüber Zuwanderern, dies entlang der populistischen Linie, dass „Ausländer“, die nicht in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben, davon nicht profitieren dürften.

Schließlich wurden Vorbehalte gegenüber der Justiz zum Beispiel in Prozessen gegen Steuerhinterzieher geäußert. Die deutsche Justiz bevorzuge Reiche und benachteilige den „kleinen Bürger“, was am Ende eine Gesellschaft zermürben würde.

Die *Gleichstellung von Männern und Frauen* ist vor allem als Schlagwort zustimmungsfähig. Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sollte, so die oft geäußerte Ansicht, selbstverständlich sein, „weil wir alle Menschen sind, egal ob weiblich oder männlich“. Ungerechtigkeiten diesbezüglich werden vor allem in der Arbeitswelt verortet. Unbestritten bleibt beispielsweise die Aussage, dass

Männer bei gleicher Arbeit besser bezahlt werden als Frauen. Häufig findet sich auch die Feststellung, dass Männer bessere Karrierechancen als Frauen haben und dass Frauen in bestimmten Altersgruppen bei der Jobsuche diskriminiert werden. Dass sich diese Situation durch Politik verändern ließe, wird eher skeptisch gesehen, weil man sich nicht vorstellen kann, dass der Staat diesbezüglich tatsächlich regulierend ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen wird.

Von dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Gleichstellung abweichend findet sich aber auch oft die Annahme, dass in der Geschlechterfrage kein dringender Handlungsbedarf besteht. Da wird behauptet, dass es „sehr viele Frauen“ gebe, „die weitaus mehr verdienen als Männer“. Darüber hinaus wird Frauen unterstellt, dass sie sich freiwillig schlechter bezahlte Jobs zum Beispiel in sozialen Berufen aussuchten oder dass sie generell weniger beruflichen Ehrgeiz hätten. Häufig wurde auch gesagt, das Thema sei generell wenig dringlich, es gebe wichtigere Probleme.

Das Problembewusstsein für das eigene Privatleben ist mit Blick auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau nur wenig ausgeprägt. Einhellig gilt: Dies ist Privatsache, kein Einflussbereich für Politik. Allerdings zeigte sich an dieser Stelle ein Unterschied zwischen den Befragten aus Ost- und Westdeutschland. Häufiger in Westdeutschland ist die tradierte Rollenverteilung zuhause nach wie vor Realität. Selbst wenn beide Partner einem Beruf nachgehen, erledigt die Frau den Großteil der Hausarbeit.

„Meine Frau verdient mehr wie ich. Sie sitzt im Büro bei der Knappschaft. Das ist schon stressig, wenn beide arbeiten. Zum Glück macht das mit den Kindern alles meine Frau, aber das ist trotzdem viel Arbeit, die sie da zuhause hat. Da sollte man schon gucken, ob man Eltern entlasten kann.“

Demzufolge kämpfen Mütter und Väter mit unterschiedlichen Rollenkonflikten zwischen Familie und Beruf. Mütter kämpfen an vielen Fronten und fühlen sich oft überfordert, haben das Gefühl, allem hinterher zu rennen und nichts richtig zu machen. Väter dagegen empfinden sich als zu wenig präsent in der Familie (vor allem bei ihren Kindern).

4. Blick auf Deutschland

Im Vergleich zur als besorgniserregend empfundenen weltpolitischen Lage wird Deutschland in der Befragung allgemein als ein *Hort des (relativen) Wohlstands* und der Sicherheit gesehen. Letztlich gebe es Freiheit und Sicherheit für jeden Einzelnen. Die Sozialsysteme (Krankenversicherung, Sozialleistungen) böten Sicherheit für alle. Diese grundsätzlich positive Haltung zu Deutschland kontrastiert die an vielen Stellen geäußerte Kritik an den Verhältnissen in der deutschen Politik und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund konstatieren vorrangig Unions-Affine, dass es diesen Wohlstand gegen Ansprüche von außerhalb zu bewahren gelte. Deutschland solle sich mehr um sich selbst und weniger um *Europa* kümmern.

„Die Deutschen, wir machen uns einen Kopf und viele Ausländer, die Probleme haben, da werden Gelder hingeschickt. Sollten wir es nicht vielleicht erstmal für uns aufteilen? Ich weiß nicht, was wir in den EU-Topf einzahlen. Da sind wir doch mit Abstand bestimmt der, der das meiste bezahlt. Und das kann es nicht sein.“

Teilweise wird auch gesagt, Deutschland solle bei der Aufnahme von Flüchtlingen restriktiver sein. („Ich bin nicht rechtsradikal, aber das stört mich, dass die einfach alle nehmen.“) Vereinzelt gibt es zu dieser Einstellung aber auch Widerspruch: „Ich bin immer hin und her gerissen. Ich sehe es schon auch so. Aber andererseits denke ich mir, die Leute, die als Flüchtlinge hier ankommen, haben so ein schlimmes Leben, dass ich es denen irgendwie gönne.“

Einige Befragte sehen die Sicherheit und den „deutschen Wertekanon“ durch Ausländer gefährdet und behaupten zu wissen, dass kriminelle Ausländer für steigende Kriminalitätsraten verantwortlich seien. Dies geht bis zur offenen Legendenbildung, wenn behauptet wird, die Polizei dürfe nicht mehr sagen, wie hoch tatsächlich der Anteil der Ausländer ist, die Straftaten begehen.³ Vereinzelt sieht man Deutschlands Stellung auch durch kulturelle „Überfremdung“ gefährdet. Die deutschen „Tugenden, die wir über lange Jahrhunderte hatten [...], würden „verwässert [und] zunichte gemacht“.

3 Tatsächlich ist die Anzahl der durch Ausländer verursachten Straftaten in der Polizeistatistik eher zu hoch angesetzt, weil darunter auch alle Delikte von Leuten gezählt werden, die sich nur kurzzeitig in Deutschland aufhalten oder ausländischen Touristen, die Autounfälle verursachen.

5. Blick auf die Politik

Generell wird die *Notwendigkeit von Politik* in keiner Weise in Frage gestellt. Politik, so die konsentiertere Einstellung, muss die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft schaffen. Es wird erwartet, dass sie sich um das Funktionieren von Staat und Gesellschaft kümmert. Sie soll im Sinne des Gemeinwohls handeln und dem Einzelnen Orientierung geben. Sie soll „dafür sorgen, dass es der Bevölkerung gut geht“ und „die Interessen der Bevölkerung vertreten und umsetzen“.

Von diesen allgemeinen Zuschreibungen abgesehen gilt jedoch, dass die arbeitende Mitte wenig über die Politik in Deutschland weiß und in vielen Fällen – ungeachtet ausgeprägter Meinungsfreude – schlicht und ergreifend keine Ahnung von politischen Zusammenhängen hat, weder von Inhalten noch von Strukturen.⁴ Schon das *Interesse an Politik* ist nur mäßig ausgeprägt. Die politischen Abläufe sind folgerichtig für viele schwer durchschaubar, was aber nicht auf das eigene, von Desinteresse geprägte Verhalten, sondern pauschal auf „die“ Politik oder „die“ Politiker geschoben wird. Häufig gilt daher mit Blick auf diverse Problemlagen: Man kann die Einflussmöglichkeiten der Politik kaum abschätzen, was etwa in dem paradoxen Statement „Natürlich haben wir hier viele Probleme. Aber was soll denn die Politik daran ändern?“ kulminiert. Für die Arbeit der Volksparteien sind dies keine guten Voraussetzungen, wären sie doch bei der Vermittlung ihrer Politikinhalte zumindest auf die Einsicht angewiesen, dass gesellschaftliche Probleme durch Politik lösbar sind. Wenn sogar das bezweifelt wird, stellt sich die Frage nach dem Ansatzpunkt von politischer Willensbildung noch einmal neu und sehr grundlegend.

Diese normative Unbestimmtheit und Unkenntnis politischer Themen und Abläufe erzeugt regelmäßig Probleme bei *Wahlen*, bei denen man sich naturgemäß für eine Partei entscheiden muss. In diese Lücke stoßen die in den

letzten Jahren immer stärker genutzten so genannten „Wahl-O-Maten“, bei denen man Meinungspräferenzen online ankreuzen kann und dafür von der Maschine eine Wahlpräferenz erhält.

„Ich habe gedacht, guck dir die Parteiprogramme an. Du weißt gar nicht, wer für was jetzt genau steht. Aber die Programme sind zu lang, zu kompliziert. Aber im Internet ist ein Vergleichsportal, da habe ich angekreuzt, für diese Aktion bin ich, für das nicht und dann konnte ich mir genau rausrechnen, welche Partei passt zu mir. Das war super easy.“

CDU-Affine Befragte haben häufiger gleich ganz auf inhaltliche Fragen verzichtet und wählen vor allem Personen. Das passt gut zur häufig vorkommenden latenten Form von Politikverdrossenheit, die sich in pauschalen Negativurteilen äußert. Die aufgezeichneten Antworten zu diesem Fragenkomplex lesen sich wie ein Lehrbuch des Politikfrusts:

- Politik hat den Kontakt zum Volk verloren,
- Politik lässt sich stärker von der Wirtschaft leiten als vom Wählerwillen,
- Politik ist nicht glaubwürdig,
- Wahlversprechen werden meistens nicht eingehalten,
- Politiker und Parteien sagen dem Volk nicht die Wahrheit,
- Politiker haben hauptsächlich den eigenen Vorteil im Sinn.

Diese klischeehaften aber dennoch real vorhandenen Einschätzungen bestimmen ganz wesentlich das politische Denken der arbeitenden Mitte. Und man wird bei der Abfrage konkreter Problemlagen erkennen, wie stark diese Tendenz zum schablonenhaften und unterkomplexen Wahrnehmen von Politik ist.

⁴ Dies lässt sich unter anderem als deutliches Plädoyer für den Ausbau der politischen Bildung lesen.

6. Wahrnehmung von Problemlagen nach Themen

Nach diesen eher generalisierenden Feststellungen und Befunden ging es nun darum, die „arbeitende Mitte“ explizit auf bestimmte Politikfelder hin zu befragen. Dabei ging es um Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, um Fortschrittspolitik in der digitalen Gesellschaft, um Sozial- und Familien-, um Bildungs- und Steuerpolitik, schließlich um Fragen der Inneren Sicherheit. Mit diesen Themen sollten Einstellungen und Standpunkte in den Politikfeldern erforscht werden, die beim „Kampf um die Mitte“ beinahe täglich Gegenstand der politischen Auseinandersetzung (nicht nur) zwischen den Volksparteien sind.

6.1 Arbeitsmarktpolitik

Zunächst kann nicht verwundern, dass *Arbeit* im Leben der arbeitenden Mitte einen hohen Stellenwert besitzt. Sie wird als sinnstiftend und als persönliche Befriedigung beschrieben und bildet damit den Stabilitätskern der bürgerlichen Identität der befragten Gruppe. Damit bestätigt sich einmal mehr die nach wie vor große Fixierung auf Erwerbsarbeit in weiten Kreisen der Bevölkerung. Arbeit gilt als die zentrale Voraussetzung für den Erhalt der eigenen Existenz – und dies eben nicht nur im materiellen, sondern auch im „mental“en Sinne. Materielle Existenz bleibt geknüpft an eine subjektiv empfundene „Existenzberechtigung“, die man aus der je eigenen Stellung im Produktionsprozess ableitet.

Vor diesem Hintergrund muss es überraschen, dass die *beruflichen Ambitionen* vor allem bei den SPD-Anhängern unter den Befragten eher verhalten sind. Eine ausgeprägte Aufstiegsorientierung ist nicht zu erkennen, was den traditionellen Einstellungen der SPD-Klientel widerspricht. Hatten die Facharbeiter, „kleinen“ Angestellten, Krankenschwestern und Müllwerker, die in den Dezennien vor dem Mauerfall erheblich von sozialdemokratischer Lohn- und Bildungspolitik profitierten, noch klar vor Augen, die damit eröffneten Chancen auch zu nutzen, ergibt sich heute ein gänzlich anderes Bild. Offenbar verunsichert von den gesellschaftlichen Entwicklungen im Vierteljahrhundert seit dem Mauerfall, werden die eige-

nen beruflichen Entwicklungschancen heute eher gering eingeschätzt; mehr noch: Ein beruflicher Aufstieg wird gar nicht erst angestrebt, weil man sich vor der damit einhergehenden Verantwortung und Belastung scheut und sich lieber an einer guten „Work-Life-Balance“ orientiert. Die Zumutungen einer beschleunigten Ökonomie mit immer neuen Anforderungen treffen hier mit hedonistischen Orientierungen zusammen.

„Aufstieg bedeutet auch mehr Verantwortung und mehr Stress, diese ganzen Dinge, die die Lebensqualität weiter einschränken. Von daher für mich, wenn ich da bin, wo ich jetzt bin, reicht mir das auch.“

Man möchte ein Leben führen, in dem auch Raum für Freizeit und Erholungsphasen bleibt. Zeitautonomie und Stressfreiheit sind wichtiger als zusätzliches Einkommen. Man legt Wert darauf, für Überstunden Freizeitausgleich zu erhalten. Man sieht einen Gewinn an Lebensqualität durch reduzierte Arbeitszeit und würde deshalb – so eine häufiger gefallene Äußerung – gerne Teilzeit arbeiten, kann sich das aufgrund der damit verbundenen finanziellen Einbußen aber nicht leisten. Bei jüngeren und CDU-affinen Befragten gilt teilweise hingegen, dass man beruflich durchaus vorankommen möchte.

Der *Blick auf den Arbeitsmarkt* ist ambivalent. Zwar wird die Beschäftigungslage in Deutschland grundsätzlich als positiv wahrgenommen, was viele zu der für das Mittelschichtmilieu charakteristischen Auffassung führt, dass, wer „wirklich“ arbeiten will, in Deutschland auch einen Job bekomme. Doch besteht auch einhellig die Einschätzung, dass Arbeitgeber immer weniger soziale Verantwortung zeigen würden. Steigender Kostendruck und zunehmende Flexibilitätsanforderungen führten dazu, dass immer weniger Beschäftigte immer mehr Arbeit schaffen müssten und dass vor allem junge Beschäftigte immer öfter schlechte Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel befristete Verträge bzw. Zeitarbeits- und Praktikumsverträge erhielten. Solche um sich greifenden Formen

prekärer Beschäftigung machten Arbeitnehmer besonders anfällig für Ausbeutung und böten ihnen keine tragfähigen Perspektiven. Einige Befragte berichteten auch von Erfahrungen mit skrupellosen Arbeitgebern, die Mitarbeiter einschüchtern oder sie mit Arbeitsplatzverlust bedrohen.

Generell wurde auch konstatiert, dass die *Bedingungen in der Arbeitswelt* oft ungerecht seien. Als Anhaltspunkte wurden Lohnungleichheit bei gleicher Arbeit (zwischen Festangestellten und Zeitarbeitern bzw. zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben) sowie Unterschiede bei der Wertschätzung von Arbeit genannt.

„Die von der Zeitarbeitsfirma machen den gleichen Job und kriegen die Hälfte, weil sie über eine andere Firma arbeiten. Wenn es ein Euro weniger ist, ist ja okay, oder zwei. Aber es kann nicht sein, dass es 50 % sind, das ist grauenvoll.“

Dass nur Führungskräfte am Unternehmenserfolg beteiligt werden, wurde als ungerecht kritisiert, ebenso, dass körperlichen Tätigkeiten und weniger qualifizierten Jobs zu wenig Wert beigemessen wird. Einfache Jobs hätten nicht das Ansehen, das sie verdienen und würden nicht leistungsgerecht entlohnt. „Von Arbeit muss man leben können.“ Dieses Credo korrespondiert mit der Bedeutung, die der Erwerbsarbeit – siehe oben – im Allgemeinen zugewiesen wird.

Vor diesem Hintergrund einer aus den Fugen geratenen Arbeitswelt gilt die *Einführung des flächendeckenden Mindestlohns* als ein Schritt in die richtige Richtung – allerdings mit Einschränkungen: Die Ausnahmeregelungen – welche das sein sollen, bleibt unklar – bieten nach Ansicht der Befragten zu viele Lücken, die von Arbeitgebern ausgenutzt werden können. Außerdem zeichneten sich bereits erste Missbraucherscheinungen ab. So würden Lehrlinge, die ausgelernt haben, durch den Mindestlohn nur ein Jahr befristet auf der Basis von 5,5 Stunden pro Tag eingestellt. Vor allem die ostdeutschen Befragten

sorgten sich zudem trotz inhaltlicher Zustimmung zum Mindestlohn über die Folgen für die Arbeitgeber.

Zusammengenommen zeigt sich bei den Einstellungen zu Fragen der Erwerbsarbeit ein ziemlich einheitliches Bild – ein Bild, das gekennzeichnet ist von der unmittelbaren Erfahrung der Auswirkungen einer angebotsorientierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, wie sie seit etwa 15 Jahren (nicht nur) in Deutschland dominant ist. Die Auswirkungen dieser Politik und ihr Bedrohungspotenzial für die eigene Existenz werden genau gesehen und im Kern auch richtig beschrieben.

6.2 Wirtschaftspolitik

Der Begriff „Wirtschaftspolitik für die Menschen“ scheint erklärungsbedürftig zu sein. Mehrfach wurde geäußert, dass man mit dem Begriff nichts anfangen könne; häufig auch, der Begriff stelle einen Widerspruch in sich dar, da *Wirtschaftspolitik per se für die Wirtschaft* und nicht „für die Menschen“ gedacht sei.

„Es beißt sich. Weil Wirtschaftspolitik nur im Interesse von Unternehmen und deren Aktionären ist. Es interessiert nur noch der Profit, Einnahmen werden kapitalisiert, Ausgaben sozialisiert, so ist die gängige Praxis in Deutschland.“

Als Beleg für diese Annahme gilt – mehrfach genannt – die Befreiung großer Unternehmen von der EEG-Umlage.⁵ Zu dieser Skepsis gesellt sich der fehlende Glaube an die Steuerbarkeit der Wirtschaft durch Politik. Man geht – quasi selbstverständlich – davon aus, dass die Politik nicht „die erste Geige“ spielt, weil „die Konzerne“ überall „ihre Lobbyisten“ hätten.

Auch zeigen sich wieder paradoxe Züge in vielen Einschätzungen. Denn gleichzeitig zu den grundlegenden Zweifeln an der Sinnhaftigkeit von Wirtschaftspolitik werden damit

5 EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000, nach welchem besonders energieintensive Unternehmen von der Beteiligung an der Refinanzierung der Energiewende durch ein Umlageverfahren ausgenommen werden, was zu einer Zusatzbelastung für kleinere Unternehmen und Privathaushalte führt. Umstritten ist hierbei vor allem, welche Unternehmen zu „energieintensiven Unternehmen“ zählen sollen.

inhaltlich positive Ziele verbunden. Besonders im Osten gilt: Wirtschaftspolitik nutzt den Menschen, wenn sie Arbeitsplätze schafft – neben den Familienbildern der zweite erkennbare Unterschied im Ost-West-Vergleich. Im Westen gehen die Forderungen über die Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus. Hier sprach man oft von einer Beteiligung aller am wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen als Kriterium für gute Wirtschaftspolitik. Ein stärkerer Fokus auf Arbeitnehmerinteressen wäre für viele Befragte ein Schritt zu einer Wirtschaftspolitik „für die Menschen“.

6.3 Fortschritt und Digitalisierung

Fortschritt an sich ist ein Begriff, mit dem sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen verbunden werden. Positiv wird assoziiert, dass Fortschritt notwendige Weiterentwicklung bedeutet. Ebenso positiv assoziiert wird medizinischer Fortschritt „zum Wohl der Menschheit“. Auch technischer Fortschritt gilt als wichtiger Wettbewerbsfaktor. Allerdings werden hier auch problematische Folgen benannt:

- Der technische Fortschritt führt zu großen Umweltbelastungen („durch Fortschritt zerstören wir uns selbst“).
- Der technische Fortschritt hat die Konsumorientierung in der Gesellschaft befördert („dadurch sind wir auch eine Riesenwegwerfgesellschaft geworden“).
- Fortschritt geht mit einer gefährlichen Fixierung auf ständiges Wachstum einher („Wirtschaft kann doch nicht ewig weiter wachsen, irgendwann kollabiert es doch“).

Der Begriff *Digitalisierung* wird in engem Zusammenhang mit technischem Fortschritt gesehen. Doch beziehen sich die Zuschreibungen zunächst vorwiegend auf die persönliche Nutzung digitaler Inhalte und Geräte. Hier überwiegen positive Einschätzungen. Man empfindet das Internet und die Digitalisierung als Bereicherung für das eigene Leben. Man bewegt sich wie selbstverständlich auch digital vernetzt, man nutzt das Internet als schnell verfügbaren Wissensspeicher. Vereinzelt wird aber auch eine Verweigerungshaltung zum Ausdruck gebracht, dies dergestalt, dass man im Privatleben bewusst auf die Nutzung des Internets verzichtet und zum Beispiel soziale Netzwerke meidet.

Auch bei den Internet- und Digitalisierungsaffinen ist jedoch erkennbar, dass die ständige und stürmische Weiter-

entwicklung auf dem Gebiet ein *generelles und diffuses Angstgefühl* erzeugt. Man vermutet Risiken, die man aber schlecht abschätzen kann („man weiß nicht, wer an den Daten dran ist und wer es steuern kann“). Zudem ist das Gefühl verbreitet, angesichts der ständigen Weiterentwicklungen den Anschluss zu verlieren.

Ein Teil der Befragten verlieh auch der Angst Ausdruck, dass sich die Entwicklung verselbständigt bzw. nicht mehr kontrollieren lässt. Dabei wurden teilweise konkrete Gefahren benannt: Internetkriminalität und Missbrauch sensibler Daten, Datenschutz generell, Cyber-Terrorismus, die Möglichkeit permanenter Ausspähung und Überwachung, die mangelhaften Möglichkeiten der Beeinflussung dessen, was über einen selbst im Internet zu finden ist, die Macht privatwirtschaftlicher Unternehmen in der digitalen Welt.

Darüber hinaus werden psychologische und kulturelle Folgen der Digitalisierung problematisiert. Digitale Kommunikation verdrängt – so die Befürchtung – mehr und mehr den direkten, zwischenmenschlichen Kontakt. Digitalisierung befördere die Möglichkeit der permanenten Erreichbarkeit. Gerade für junge Menschen bestehe die Gefahr einer Reizüberflutung.

Bezogen auf die *Arbeitswelt* ist der Blick auf die Digitalisierung dagegen wenig kritisch, es werden überwiegend Vorteile wahrgenommen. Digitalisierung erleichtere die tägliche Arbeit durch die technische Unterstützung physisch anstrengender Tätigkeiten, durch besseres Informationsmanagement sowie durch bessere Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit.

Erst auf Nachfrage werden Risiken und Probleme für das eigene Arbeitsleben genannt. So wird etwa generell davon ausgegangen, dass die Digitalisierung die Anforderungen an Arbeitnehmer in Bezug auf technologischen Sachverstand weiter erhöhen wird.

„Dann gibt es nur noch Leute, die den vollen Durchblick haben und die anderen, die sich nicht so arg mit Technik befassen, auch nicht so schnell einen Job finden, weil dann alles von der Industrie mehr automatisiert wird.“

Außerdem befürchteten einige Befragte eine wachsende Fixierung auf Effizienzdenken und größeren Leistungsdruck als negative Effekte der Digitalisierung. Vereinzelt wurde auch die Befürchtung genannt, dass Digitalisierung neue Formen der Arbeit schaffe, die schwer zu regulieren sind.

Die *Erwartungen an die Politik* sind beim Thema Digitalisierung eher unspezifisch. Häufig wird hier Wirtschaftsförderung erwartet. Die Politik soll dafür sorgen, dass Deutschland hier nicht den Anschluss verliert und außerdem sicherstellen, dass möglichst jeder Zugang zum Internet hat. Mehrfach wurde allerdings auch geäußert, die Politik habe nicht den nötigen Sachverstand, um Digitalisierung wirksam beeinflussen zu können. Und selbst wenn sie ihn hat, steht sie immer noch vor dem Problem, gar nicht regulierend eingreifen zu können, weil ihr im Internet die Handhabe zur Durchsetzung ihrer Regeln fehlt. Schließlich hält man die Politik nicht für einen glaubwürdigen Absender von Datenschutz-Forderungen, weil sie selbst ein starkes Interesse am Zugriff auf Daten von Bürgern habe.

6.4 Sozialpolitik

Trotz der beschriebenen Ambivalenzen im Verständnis von Gerechtigkeit gilt überwiegend: *Maßnahmen zum sozialen Ausgleich* werden grundsätzlich erwartet. Politik soll

- dafür sorgen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich gemindert wird („dass diese Kluft zwischen monsterreich und Armut ausgeglichener wird“),
- dafür sorgen, dass niemand durch das soziale Netz fällt („denen, die wirklich wenig haben, muss geholfen werden“).

Damit bewegt sich die große Mehrheit der Befragten ganz auf der Linie des Sozialstaatsgebots, das – trotz über 20 Jahren PR-Beschuss durch neoliberale Ideologeme (Stichworte: „soziale Hängematte“, „spätromische Dekadenz“) – nach wie vor stabil in den Köpfen verankert ist; eine durch und durch sozialdemokratische Disposition, die fest im kollektiven Bewusstsein verankert ist.

Interessant überdies: Mehrfach wurde die Forderung nach einem *bedingungslosen Grundeinkommen* genannt, was darauf hindeutet, dass dieses Thema mittlerweile seinen

diskursive „Karriere“ bis in die Köpfe der arbeitenden Mitte verlängert hat. Angesichts der Tatsache, dass die Volksparteien bislang keine grundlegende Debatte dazu geführt haben, ist dies bemerkenswert.

„Was ich generell gut finde, ist das Grundeinkommen für alle. Das kann sich Deutschland leisten. Das ist ja berechnet, dass es geht. Jeder würde 1.000 Euro im Monat bekommen, da hätte man als Ehepaar 2.000 und kann sagen, davon kann man leben. Das wäre auch effizienter, als immerzu Ansprüche auf Hartz IV ausrechnen zu müssen.“

Zur *Frage der Umverteilung* sind je nach Parteilaffinität unterschiedliche Einstellungen erkennbar. CDU-Anhänger haben hier große Bedenken. Sie versetzen sich in die Lage der potenziell Betroffenen und äußern Verständnis für den Unwillen von Vermögenden, mehr Steuern zu zahlen („Wir würden sagen, es wäre gerechter, wenn die Multimillionäre mehr Steuern bezahlen. Die sagen [...]: Wir zahlen schon 50 % Steuern. Das ist halt sehr subjektiv.“). Zudem werden hier negative Leistungsanreize befürchtet, getreu dem klassisch pessimistischen Menschenbild, dass sich Menschen bei größerer Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr anstrengen würden („ist doch scheiße, weil dann strenge ich mich nicht mehr an“).

SPD-Anhänger sehen dagegen in der stärkeren Belastung Vermögender eine Notwendigkeit. Vereinzelt wurde aber hier auch geäußert, die bestehenden Regelungen (progressive Einkommensteuer) würden genügen. Und generell fordern alle Befragten: Missbrauch von Sozialleistungen muss verhindert werden.

6.5 Familienpolitik

Zentrales Thema in der Problemwahrnehmung junger Eltern ist erwartungsgemäß die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Ein relativ schneller Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Schwangerschaft gilt durchaus als normal, wird aber eher mit Notwendigkeiten als mit innerer Motivation begründet. Man ist auf das Einkommen angewiesen und will seine Vollzeitstelle nicht gefährden.

Vor allem im Westen wurde problematisiert, dass die Entscheidung, trotz kleiner Kinder berufstätig zu sein, durchaus konfliktbeladen ist. Ob man trotz kleiner Kinder arbeiten geht, gilt als individuell zu beantwortende Gewissensfrage. Frauen, die sich dafür entscheiden, müssen diese Entscheidung in der Regel vor sich selbst oder – gemäß der ausgesprochen deutschen Verortung des Kindeswohls bei der Mutter – vor dem sozialen Umfeld rechtfertigen. Einmal mehr zeigt sich an dieser Stelle die Stabilität traditioneller Geschlechtsrollen, wobei sich diese – wie oben bereits erwähnt – erkennbar stärker in West- als in Ostdeutschland zeigen.

„Ich habe auch nach einem Jahr angefangen, wieder zu arbeiten. Nicht gleich voll, aber 30 Stunden. Da hat man auch zu hören bekommen, man sei eine Rabenmutter, das macht man nicht, dann braucht man keine Kinder in die Welt setzen.“

Zu der gängigen Erfahrung von Frauen gehört, dass der *Wiedereinstieg in den Beruf* durch äußere Bedingungen erschwert wird. Vor allem im Westen wurde häufig moniert, dass sich der Arbeitsmarkt für Mütter ein besonders schwieriges Terrain darstellt. Mütter finden nach längerer Auszeit oft nur schwer wieder einen Job. Mehrfach wurde auch geäußert, dass Mütter auf dem Arbeitsmarkt gezielt diskriminiert werden („mit zwei Kindern bist Du gleich abgestempelt“).

Doch selbst wenn der Wiedereinstieg in den Beruf gelingt, treffen Frauen – allerdings auch Männer, die sich um die Familie kümmern wollen – auf wenig familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Eltern treffen auf wenig Verständnis, wenn sie familiär bedingt, etwa bei Krankheit eines Kindes, ausfallen. Es bestehen nach wie vor wenig Möglichkeiten, die Arbeitszeit familienfreundlich zu gestalten; teils mangelt es an Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, teils sind die Arbeitszeiten zu wenig flexibel (unter anderem bei Schichtdienst-Tätigkeiten), teils fehlen Möglichkeiten zur Heimarbeit. Die Ausnahme scheinen positive Erfahrungen zu bilden, Situationen, in denen man sich mit dem Arbeitgeber auf familienfreundliche Arbeitsbedingungen einigt, ohne dass die Arbeit darunter leidet.

Die Forderungen an Politik werden wenig klar formuliert. Zwar gilt mehrfach, dass es wünschenswert wäre, wenn

die Politik gegenüber Unternehmen elternfreundliche Regelungen durchsetzen könnte. Doch regiert auch hier die Skepsis, der zufolge Politik nur begrenzten Einfluss auf Arbeitgeber hat – „reine Marktsache“.

Mit Blick auf Familienpolitik wird der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder durchweg positiv bewertet. Kinderbetreuung ist nach Ansicht der Befragten gut für die kindliche Entwicklung, weil sie das Sozialverhalten von Kindern durch Kontakt zu Gleichaltrigen fördert und frühkindliche Förderung einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leistet. Zudem gilt Kinderbetreuung als zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die *Betreuungssituation in Deutschland* wird je nach Standort und Perspektive unterschiedlich bewertet. Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen gilt mehrfach: Die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz hat die Situation deutlich verbessert.

„Der gesetzliche Anspruch, den man hat auf einen Kitaplatz. Das war vorher nicht. Jetzt ist es eigentlich sehr gut gelöst, es sind sehr viele neue Kitas entstanden.“

Vereinzelte werden aber auch noch große Probleme gemeldet. Je nach Wohnort wird die Situation bisweilen auch als „unheimlich schlimm und unheimlich schlecht“ angesehen. Auch hinsichtlich der *Kosten für Kinderbetreuung* werden zahlreiche Probleme gesehen. Zum einen gilt: Die Kosten sind generell zu hoch, so dass das Einkommen aus Teilzeitarbeit mitunter komplett von den Betreuungskosten absorbiert wird. Andererseits gibt es aber auch Meinungen, die besagen, dass, gemessen am Wert der erbrachten Leistung, die Betreuungskosten durchaus gerechtfertigt seien. Mehrfach wurde aber auch moniert, dass die Kosten ungerecht verteilt seien, weil es durch den gedeckelten Höchstsatz zu wenig Differenzierung nach oben gibt. Die Vorbehalte richten sich aber nicht nur „nach oben“, sondern auch „nach unten“, also Richtung „Hartz-IV-Empfänger“. Durch die Kostenfreiheit für Hartz-IV-Empfänger werde die arbeitende Bevölkerung benachteiligt. Hartz-IV-Empfänger blieben „zu Hause auf dem Sofa“ und „schieben ihr Kind ab“. Das sei ungerecht und würde auch weidlich ausgenutzt, meint man zu wissen.

Generell zustimmungsfähig ist die Forderung nach kostenloser Kinderbetreuung, wie sie zum Beispiel in Berlin und (teilweise) Hamburg realisiert ist. Hier wird auch die Politik der SPD explizit gelobt, die mit der Einführung der für Eltern kostenlosen Kinderbetreuung im Vorschulalter in Verbindung gebracht wird („würde ich sagen, toll, SPD“).

Generell wird auch angeführt, dass Betreuung im Vorschulalter nicht ausreiche. Wenn es mit Eintritt ins Schulalter keine Hortbetreuung für Schulkinder gibt, müsse wieder ein Elternteil auf Teilzeit gehen. Der kann nach Ansicht vieler Männer „natürlich“ nur die Frau sein. Daher wurde auch die Forderung geäußert, der Staat solle Familien so viel Geld geben, dass die Mutter nicht arbeiten muss.

„Es ist doch pervers: beide Eltern gehen in die Arbeit, damit sie viel Geld verdienen, dann kaufen sie sich für das Geld einen fremden Menschen, der auf unsere Brut aufpasst. Deswegen sollen die Eltern in den ersten Lebensjahren mehr Geld bekommen, damit die Mama daheim ist.“

Häufiger lehnten Befragte jedoch direkte Zahlungen – wie etwa beim Betreuungsgeld – wegen unerwünschter Effekte ab. Drastischste Äußerung hierzu: „Dann kriegen wir hier noch mehr Kinder. Gerade die Sozialschmarotzer oder auch die ausländischen Mitmenschen – dann hätten die noch 11 oder 12 Kinder.“

Die Politik müsse sich auf jeden Fall – so das Echo in einigen Statements – auch mehr um ältere Kinder und Jugendliche kümmern; durch Betreuungsangebote auch für Schulkinder, aber auch durch Förderung von Freizeitangeboten für Jugendliche (zum Beispiel im Sportverein).

Das *Elterngeld* wird als staatliche Leistung prinzipiell wertgeschätzt – mit Kritik in Detailfragen. Generell gilt: Die Situation junger Eltern hat sich seit Einführung dieser Leistung verbessert. Als ungerecht gelten Fälle, in denen das Elterngeld sehr gering ausfällt, weil man zuvor länger als ein Jahr nicht gearbeitet hat. Auch die Verrechnung des Elterngeldes mit Einkommen aus einer Nebentätigkeit wird kritisiert.

Einhellig befürwortet werden schließlich *Entlastungen für Familien*, zum Beispiel indem die Kosten für familienbezogene Leistungen gesenkt werden (Kita-Gebühren, Fahrkarten oder Eintrittskarten) oder Familien mehr Steuervorteile gewährt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung artikuliert, dass Kinderlose ein bisschen höher besteuert werden als Eltern, gewissermaßen als Kompensation für Mühe und Entbehrungen, welche die Familienphase mit sich bringen. Interessanterweise zeigten sich an dieser Stelle keinen bemerkenswerten Unterschiede zwischen den Befragten mit und ohne eigenen Kindern.

6.6 Bildungspolitik

Bildung gilt als essentiell für die Zukunft der Gesellschaft und auch für den Einzelnen. Demzufolge werden an die Bildungspolitik besonders hohe Anforderungen gestellt. Die gegenwärtige Situation ist allerdings wenig zufriedenstellend. Man sorgt sich – mit Blick auf das deutsche Abschneiden in internationalen Rankings, aber auch auf die Wahrnehmung von Defiziten bei Schulabgängern – um die Qualität der Bildung in Deutschland. Man sorgt sich aber auch um den Personalmangel an den Schulen (zu wenig Lehrer und Sozialpädagogen, zu viel Unterrichtsausfall, überlastete Lehrer). Sorgen bereiten auch die vielen Kurswechsel in der Bildungspolitik.

Die *Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem* wird widersprüchlich bewertet. Einerseits werden die strukturellen Voraussetzungen für individuellen Aufstieg durch Bildung positiv gesehen (kostenfreie Schulbildung, differenzierte Förderung, verbesserte Schulen). Andererseits geht man davon aus, dass das Elternhaus mitentscheidend für die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder ist. Darum sieht man sich in der Verantwortung, an Förderung und Bildung der Kinder mitzuwirken, ist bereit, Nachhilfeunterricht privat zu finanzieren und versteht auch, dass der Aufstieg für Kinder aus bildungsfernen, armen Milieus ungleich schwieriger ist. Es wird einhellig anerkannt: Kinder aus diesen Milieus haben schlechte Startbedingungen. Es fehlt ihnen an Vorbildern im unmittelbaren Umfeld, an Ermutigung und Selbstbewusstsein. Sie sind finanziell im Nachteil, insbesondere wenn sie studieren wollen.

Generell ist daher Konsens: Kinder aus sozial benachteiligtem Elternhaus brauchen besonders viel Fleiß und Engagement, um den Aufstieg zu schaffen. SPD-Affine sehen darin eine problematische Hürde, CDU-Affine dagegen eher ein natürliches Auswahlkriterium. Aber bei den Anhängern beider Volksparteien wird auch an diesem Punkt ein Abgrenzungsbedürfnis erkennbar. Man sieht die Chancen des eigenen Nachwuchses „durch eine Inflation höherer Schulabschlüsse“ bedroht. Leistungsstarke Schüler würden zugunsten der Schwächeren benachteiligt, was ungerecht sei.

Unabhängig von der (fragwürdigen) Plausibilität sind solche Annahmen und Beschreibungen der gesellschaftlichen Realität einmal mehr beredtes Zeugnis für die Angst der arbeitenden Mitte vor dem eigenen Abstieg. Die Verbesserung der Bildungschancen für benachteiligte Kinder wird als Gerechtigkeitsakt verstanden, das Resultat dieser Bemühungen dann aber als Bedrohung empfunden.

6.7 Steuerpolitik

Das deutsche Steuersystem wird von allen Befragten durchweg als verbesserungswürdig angesehen. Es sollte vereinfacht und – vor allem aus Sicht der SPD-Affinen – gerechter gestaltet werden. Als ungerecht werden vor allem

- zu viele Schlupflöcher für Reiche und Unternehmen („zahlen fast gar keine Steuern, und der kleine Mann wird immer rangezogen“),
- die Ungleichbehandlung von Verheirateten und Nicht-Verheirateten („Als Patchwork-Familie zahlt man steuerlich drauf, nur weil man nicht verheiratet ist.“),
- die kalte Progression (weil sie vor allem mittlere Einkommen am stärksten betrifft und weil sich dadurch Leistung nicht lohne)

beschrieben. Allerdings scheinen genauere *Kenntnisse über das Steuersystem* wenig verbreitet zu sein, was die Kritik häufig in den Bereich des Ungefähren rücken lässt. So wissen die Befragten oft nicht genau, was sich hinter dem Begriff „Kalte Progression“ verbirgt, oder sie behaupten mit vagen Sätzen, dass hier kein Problem bestehe („Naja, irgendwo müssen ja sicherlich die Grenzen

sein.“). Sehr häufig wird auch pauschal gesagt, die Steuern seien zu hoch. Man wünscht sich „mehr Netto vom Brutto“ und fühlt sich als Arbeitnehmer zu hoch belastet.

„Die sollen die Steuer runterfahren, weil die Abgaben steigen auch immer mehr. Die nehmen einem immer mehr ab. Immer versprechen sie, sie senken die Steuern und machen es nicht.“

In ähnlich pauschaler Weise wird einhellig konzediert: Der Verwendungszweck entscheidet über die Legitimation der Steuerbelastung. Eine Steuer ist gerechtfertigt, wenn man einen konkreten Nutzen erkennen kann, also etwa bei Investitionen in den Straßenbau, in Bildung und Schulwesen, in die sozialen Sicherungssysteme oder auch – aus Sicht der Unions-Anhänger – Investitionen in die Innere Sicherheit. Auch Investitionen in den Kulturbereich werden vereinzelt genannt.

Zu Unrecht sieht man sich belastet, wenn man das Gefühl hat, dass Steuergelder verschwendet werden. Als Beispiele für Verschwendung wurden vor allem große Bauprojekte mit hohen Kosten für die öffentliche Hand, die umfangreiche öffentliche Verwaltung, hohe Pensionen für ehemalige Spitzenpolitiker, vereinzelt auch Rüstungsprojekte genannt.

Die Meinungen bei der *Staatsverschuldung* gehen ähnlich auseinander wie in der öffentlichen Debatte über Fiskalpolitik. Die einen sprechen sich für die notwendige Investitionstätigkeit des Staats aus, die auch mit neuer Verschuldung einhergehen kann, die anderen sagen, dass eine weitere Neuverschuldung unverantwortlich gegenüber kommenden Generationen sei. Häufig wird aber auch als Anspruch formuliert, die Politik müsse einen Weg finden, beide Ziele – Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Haushaltskonsolidierung – zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrfach die geplante PKW-Maut als kluge Idee zur Mehrung der Einnahmen genannt.

6.8 Innere Sicherheit

Das Thema Innere Sicherheit wurde nicht so prominent behandelt wie die vorangegangenen Themen, daher sind hier nur wenige generalisierbare Aussagen genannt. Vor allem aus Sicht der Unions-Affinen ist jedoch erkennbar, dass bei der Inneren Sicherheit Defizite wahrgenommen werden. Man hat bisweilen das Gefühl, dass die eigene Sicherheit nicht gewährleistet ist. Die Betonung liegt dabei tatsächlich auf *Gefühl*, was das folgende Statement zeigt.

„Oder wenn irgendwo Apfelbäume geklaut werden. Buden aufgebrochen werden. Man fühlt sich hier in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher.“

Einige Meinungen gingen dahin, dass die Polizei personell unterbesetzt sei, so dass sie die Innere Sicherheit nicht mehr gewährleisten könne. Vereinzelt wurde auch moniert, die Polizei hätte zu wenig Befugnisse, um Straftaten wirklich wirksam bekämpfen zu können: „Wir brauchen mehr Polizei, viel mehr Polizei. [D]ie dürften von mir aus auch mehr Befugnis haben, auch mal zuzuschlagen, wenn es hart auf hart kommt.“

7. Wahrnehmung der Volksparteien

Die in den vorigen Abschnitten dargestellten Äußerungen und Positionen bilden das Panorama, vor dem im Folgenden die Einstellungen zu den Volksparteien zu sehen sind. Aus der Sicht von SPD-nahen Menschen gilt nach wie vor, dass die SPD einen überzeugenden „Markenkern“ hat. Es wird ihr zugeschrieben, sich um „Leute wie uns“, um die Belange von Normalverdienern einzusetzen. Dazu gehört auch die Sorge um Familien, sozialen Ausgleich und Chancengerechtigkeit.

„Sie versuchen, nicht diese Schere so weit aufgehen zu lassen zwischen arm und reich, habe ich das Gefühl. Das ist schon ganz gut.“

Mehrfach wurde auch die Einschätzung gegeben, dass die SPD besonders volksnah sei. Zudem wurde ihr attestiert, dass sie mit konkreten Projekten erfolgreich gewesen sei – wobei mehrfach das Beispiel „Agenda 2010“ genannt wurde. Auch hier zeigt sich wieder die Tendenz, Ursachen und Wirkungen von Politik in einen paradoxalen Zusammenhang zu stellen. Dieselben Menschen, die sich über zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelt und den Vormarsch eines immer ungezügelteren ökonomischen Wettbewerbs beklagen (s. o.), stellen fest, mit der „Agenda 2010“ seien „die richtigen Weichen gestellt“ und Deutschland als „der kranke Mann Europas“ geheilt worden. Wegen der Anonymisierung der Gespräche kann man freilich nicht wissen, ob dieser Zusammenhang tatsächlich sozusagen „in einem Atemzug“ dargestellt wurde. Dennoch ist die Mischung aus Uninformiertheit, diffusen Empfindungen und in der Öffentlichkeit diskutierten Meinungen ein sich wiederholendes Muster, das für die politischen Parteien generell Anlass sein sollte, über politische Meinungs- und Willensbildung neu nachzudenken.

Eine Grundsympathie vieler Befragter gegenüber der SPD ergibt sich häufig aus ihrer lokalen Erfahrung („Die SPD hier in Hamburg hat ja auch viel gemacht“ / „Die SPD regiert das Land [Brandenburg] stabil und verlässlich“) oder aus familiärer Tradition („Meine Eltern waren beide Arbeiter. Klar kommt man dann eher auf die SPD [...].“).

Sorgen bereitet hingegen die *derzeitige Situation der SPD*. Hier gilt zum einen, dass die SPD selbst nicht in optimaler Verfassung ist. Mit Blick auf die Inhalte ihrer Politik gilt: Sie ist zu wenig erkennbar.

„Sie sind unstrukturiert, wirken orientierungslos. Die Profilierung fehlt mir auch auf Bundesebene. '98 hat man genau gesehen, was Rot-Grün wollte. Es war total super. Und heute weiß man gar nicht mehr, wo genau sie ran wollen.“

Mit Blick auf das Erscheinungsbild der Partei gilt: Sie vermittelt den Eindruck von Schwäche und schafft es nicht, sich deutlich von der Union abzugrenzen. Sie tritt zu wenig entschlossen für ihre Positionen ein. Zudem wird unterstellt, die Partei sei zu wenig geschlossen („sind innerhalb der Partei sich ein bisschen uneins und ziehen übereinander her, ist doch klar, dass sie dann nicht mehr als starke rote Partei nach vorne schreiten können“).

Auf der anderen Seite wird durchaus gesehen, dass die SPD mit ungünstigen äußeren Bedingungen zu kämpfen habe. Die Große Koalition biete wenig Raum für die Schärfung des eigenen Profils, die Presse gehe mit der SPD besonders kritisch um („glaube, der SPD fehlt die Pressehoheit“) und das erweiterte Parteienspektrum sei ein Problem für die Partei. Vereinzelt wurde aber auch Zuversicht geäußert. Die SPD habe im ersten Jahr der aktuellen Regierung einen guten Eindruck hinterlassen und werde deshalb wieder stärker.

Die *Glaubwürdigkeit der SPD* wird ambivalent bewertet. Zwar konstatieren die Befragten aus eigener Sicht heraus, die SPD setze sich glaubwürdig für ihre Ziele ein. Aber es wird auch konzediert, die Partei habe insgesamt an Vertrauen verloren, entweder weil sie „zu viele Kompromisse eingehen musste“ oder weil sie Inhalte weniger aus Überzeugung als aus strategischen Gründen festlegt („Denn es geht es um die Stimmen, nicht um das, was dahintersteht.“).

Das *Fazit zur Einschätzung der SPD* ist ziemlich eindeutig: Die SPD wird in der Parteienlandschaft gebraucht

- als „Gegenpol zum Marktliberalismus der Union“ und „zum reinen Kapitalismus“,
- als Partei zwischen den Linken und den Konservativen („Es ist halt diese Mittepartei.“).

Aus Sicht der Unions-nahen Befragten geht – au contraire – aus vielen Äußerungen hervor, dass die SPD gerade *keinen überzeugenden „Markenkern“* (mehr) habe. Überwiegend gehen die Äußerungen dahin, dass man gar nicht mehr wisse, für wen die SPD eigentlich Politik macht.

„Die wollen Politik machen für alle und erreichen eigentlich keinen. Man fühlt sich nicht angesprochen.“

Dabei wurden auch konkrete Defizite benannt: Die Partei kümmere sich zu wenig um Familien und sei als Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen nicht mehr glaubwürdig („[f]rüher mal Arbeiterpartei, heute nicht mehr“). Vereinzelt wurde bei Letzterem aber auch zugestanden, die SPD sei hier immer noch engagierter als die CDU.

Was den Einsatz der SPD für soziale Gerechtigkeit angeht, fanden die Unions-Anhänger diesen Aspekt nur theoretisch überzeugend, nicht aber in der Umsetzung durch die SPD („Programme haben sie immer ganz gut [...], aber sie setzen es nie um“). Die *aktuelle Situation der Partei* wird auch von den Unions-Affinen als kritisch bewertet.

Generell gilt aus Sicht der Unions-Affinen eindeutig: CDU/CSU sind Parteien, auf die man sich verlassen kann. Sie sorgten dafür, dass es Deutschland gut geht. Man sieht sie als *Garanten für eine gute Wirtschaftslage und für solide Finanzen* und die Wahrung deutscher Interessen in Europa.

„Für mich hat sie das beste Maß zwischen sozialen Maßnahmen, aber auch wirtschaftlichen guten Rahmenbedingungen, damit die Leistungen auch irgendwo her bezahlt werden können. Da finde ich die CDU noch am ausgewogensten und am gesündesten für die Gesellschaft.“

Hinsichtlich ihrer politischen Ziele schreibt man der Union eine *klar erkennbare Linie* zu, der sie dann treu bleibe. Hinsichtlich ihres Politikstils gilt: Die Union ist souverän, man könne ihr vertrauen, weil sie ihre Ziele durchsetze und Sicherheit vermittele. Dies ist insofern bemerkenswert als dass auch Unionsaffine Befragte in den thematischen Diskussionen zuvor viele politische Kritikpunkte erwähnt haben. Auf emotionaler Ebene wird diese Sicherheit am traditionellen Bild der Union festgemacht. Man verlässt sich auf die wertkonservative Ausrichtung der Union sowie auf ihre christliche Prägung.

Seriosität, Bodenständigkeit, Wertorientierung – das sind die der Union zugeschriebenen Attribute, die in den Gesprächen immer wieder genannt wurden. Interessant ist auch hier, dass dieses Image sich weitgehend aus Gefühlen speist. Konkrete Politik oder gar politische Ziele werden meist nicht oder nur sehr vage benannt. Die Kritik, die im öffentlichen Diskurs über die Politik der „Merkel-Union“ stattfindet, scheint in den Köpfen der Befragten nicht zu existieren.

„Ich würde auch zur CDU tendieren. Weil sie einfach die Seriosität und Bodenständigkeit widerspiegelt, und vielleicht ist es auch ein bisschen das Gewohnte.“

Ein großer Anteil ist der *Beliebtheit der Bundeskanzlerin* geschuldet. Sie ist vor allem für Frauen der Grund, die Union zu wählen. Aber auch für Männer dient sie als Assoziationsfläche für positive Zuschreibungen zur Union. Hinzu kommt: Merkel überzeugt auch menschlich, sie gilt als sympathisch und authentisch.

Uneinheitlich ist das Meinungsbild zu der Frage, wer eigentlich *Zielgruppe der Unionspolitik* ist. Überwiegend gilt: Die Union richtet ihre Politik sehr stark an den Interessen der Wirtschaft aus – mit unterschiedlicher Bewertung. Einzelne monieren, die Union habe die arbeitende Mitte nicht im Blick. Häufiger aber wird dies positiv umgedeutet durch Verweis darauf, dass andere Parteien hier nicht besser wären.

Kritisch ist der Blick auf die Union am ehesten in Bezug auf mangelnde Fortschrittlichkeit. Die Union und Merkel täten sich schwer im Umgang mit neuen Medien. Zudem

wirke sie mit Bezug auf ihr Familienbild mitunter unmodern („[d]ie haben ja noch so ein uraltes Familienmodell“). Ambivalent ist auch der Blick auf die Zukunft der Union. Einerseits gilt: Die Union ist auf Erfolge abonniert, andererseits aber häufig auch: Die Voraussetzungen für den Erfolg der Union erscheinen nicht mehr als selbstverständlich.

Der Blick der SPD-Affinen auf die Union ist von Misstrauen geprägt – trotz des sehr wohl konzidierten Erfolgs als Regierungspartei. Man schreibt den Erfolg der Union nicht ihren eigenen Leistungen zu, sondern sagt vielmehr, dass sie von der guten Wirtschaftslage, aber auch von der Übernahme sozialdemokratischer Forderungen profitiere. Außerdem sei sie sehr geschickt im Kommunizieren („mehr Schein als Sein“) und schaffe es, sich in der Presse gut darzustellen. Sie trete sehr selbstbewusst auf (besonders im Vergleich zur SPD) und schaffe es, Kritik zu vermeiden, indem sie ihre Verantwortung für Fehlentscheidungen abwälzt und indem sie polarisierende Stellungnahmen vermeidet und Krisen aussitzt.

Mit Blick auf die Regierungsarbeit der Union gilt: Sie *verspricht viel und hält wenig*. Vereinzelt wurde auch Kritik an konkreten Maßnahmen geübt („Elterngeld gekürzt“/ „Studiengebühren“). Auf emotionaler Ebene wurde unter anderem gesagt, die Union stehe (im Gegensatz zur SPD) für Egoismus und Kälte.

„Kühl. Da wird es gleich kälter hier im Raum. Die SPD ist anders. Ich finde, SPD macht halt Wärme und die CDU macht mehr kühl ihre Verwaltungsaufgaben.“

Der Erfolg der Union in den letzten Jahren wird vor allem auf Angela Merkel zurückgeführt. Ihr attestiert man erfolgreiche Arbeit. Als Partei gilt die Union hingegen als eine *wenig innovative Partei*. Sie drücke sich vor Zukunftsaufgaben, scheue vor notwendigen Reformen zurück und hänge einem veralteten Gesellschafts- und Familienbild nach. Sie zeige zu wenig Akzeptanz gegenüber Homosexuellen, sie sei zu wenig offen für neue Einflüsse und Entwicklungen.

In einer komplexen und unübersichtlichen Welt zeigen sich auch Weltbild und Lage der arbeitenden Mitte in Deutschland uneinheitlich. Dieser Befund vermag nicht zu überraschen, entspricht er doch genau den Analysen und Forschungen der letzten Jahre und kann darüber hinaus auch große intuitive Plausibilität für sich beanspruchen. Die Auflösung der sozialen Milieus, die Dynamisierung gesellschaftlicher Prozesse, die sozialen Spannungen unter Bedingungen des fortgeschrittenen digitalen Kapitalismus, die Entstehung einer multi-ethnischen Gesellschaft – all dies sind Entwicklungen, die Weltanschauungen aufweichen, Lebenslagen diffus machen und die Selbstverortung in der Gesellschaft verunklaren.

Die politischen Parteien, insbesondere die Volksparteien (zumal wenn sie diesen Status behalten wollen), stehen angesichts dessen vor grundlegenden Fragen und Problemen. Insbesondere diejenigen Antworten der Befragten, in denen es um die Politik der großen Parteien geht, sind von Diffusität und Gefühlen, nur selten aber von klaren Urteilen und Einstellungen geprägt. Daraus lässt sich eigentlich nur der Schluss ziehen, dass die Parteien und die sie in Parlamenten, Regierungen und Medien Repräsentierenden ihre Positionen wieder viel grundsätzlicher begründen und genauer erklären müssen. Also weg vom Keyword-gesteuerten und ritualisierten Schlagabtausch, hin zum Ringen um Argumente, so dass deren weltanschauliche Hintergründe wieder deutlich gemacht werden und die dadurch zur eigenen Meinungs- und Willensbildung einladen oder gar auffordern.

Dies ist freilich extrem anspruchsvoll, implementiert es doch eine Klarheit der Positionen, die auch innerhalb der selbst heterogenen Parteien nicht ohne Weiteres gegeben ist. Zudem stellt es hohe Anforderungen an innerparteiliche Meinungsbildungs- und personelle Prozesse. Drittens erfordert es eine intensive, verständliche und pointierte politische Kommunikation, die es schafft, beispielsweise

die überwiegend vergleichsweise politikfernen Mitglieder der „arbeitenden Mitte“ auch zu erreichen – zumal diese auf wahrgenommene Missstände in den Parteien wie Machtklüngel oder rein strategisch motivierter Streitsensibel reagiert.

Schließlich verweisen die Ergebnisse der vorliegenden Studie auf Handlungsbedarf in der politischen Bildungsarbeit – etwa die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die als voneinander getrennt wahrgenommenen Sphären des öffentlichen und des Privaten erschweren den Zugang mit politischen Bildungsangeboten – erst recht, wenn die Sphäre des öffentlichen mit vielen negativen Assoziationen verbunden ist. Auch die von den Befragten stark betonte Zeitknappheit durch hohe berufliche Anforderungen ist ein Faktor, der die Annahme politischer Bildungsangebote erschwert.

Der grundsätzliche Bedarf an Wissensvermittlung über politische Zusammenhänge und die Funktionsweise des politischen Systems haben die Studienergebnisse klar bestätigt. Zudem wurde in den intensiven Debatten um politische Themen deutlich, dass das Interesse an Politik durchaus vorhanden ist. Der dabei zu beobachtende pessimistische, teilweise auch defätistische Grundton gegenüber Politikern und Parteien, ließe sich durch politische Bildungsarbeit sicherlich reflektieren und – das zeigen die Erfahrungen – auch schrittweise verändern. Auf die deutlich gewordene grundsätzliche Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland ließe sich dabei aufbauen. Das deutliche Auseinanderfallen von kritischer Diskussion politischer Themen und des positiven Images der jeweils bevorzugten Partei verweist schließlich auf die hohe Bedeutung von Emotionen in der Auseinandersetzung mit Politik. Auch darauf kann und muss politische Bildung reagieren, indem nicht nur rein kognitive Angebote, sondern auch erlebnisorientierte und emotionale Erfahrungen mit Politik und Politikern vermittelt werden.

Literatur

Allensbach (2013): Institut für Demoskopie Allensbach. Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Allensbach (online: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Engagement_Motive_Bericht.pdf).

Decker, Frank et al. (2013): Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn.

Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.) (2012): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden.

Stocker, Rainer (2014): Demokratiedistanz politisch unzufriedener Bürger/-innen. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von TNS Infratest Politikforschung. Berlin.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie

Übersicht über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

	Essen 04.11.2014 17:30 Uhr	Essen 04.11.2014 20:00 Uhr	Nürnberg 05.11.2014 17:30 Uhr	Nürnberg 04.11.2014 20:00 Uhr
Teilnehmerzahl	7	7	7	7
Geschlecht				
männlich	3	4	3	3
weiblich	4	3	4	4
Alter				
25-34 Jahre	3	4	2	4
35-44 Jahre	4	3	5	3
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	9	7	6	7
Bildung				
Mittlere Reife	4	2	4	3
(Fach-)Hochschulreife (inkl. Studium)	3	5	3	4
Beruf	Telekommunikationselektroniker, Hausfrau, Altenpflegerin, Immobilienmakler, Friseurmeisterin (selbstständig), Erzieherin, Einzelhandelskaufmann	Kaufm. Angestellter, Berufssoldat, Hausfrau, Einzelhandelskauffrau, Altenpfleger, Angestellter im sozialen Dienst, Anwendungsentwickler	Angestellter (ö.D.), Erzieherin, Versicherungskauffrau, Immobilienkauffrau, Immobilienverwalter, Bürokauffrau, Selbstständige Verkäufer	Einzelhandelskaufmann, Modedesignerin, Bürokauffrau + Gastron., Versicherungskaufmann, Arzthelferin, Angestellter (ö.D.)

	Cottbus 10.11.2014 17:30 Uhr	Cottbus 10.11.2014 20:00 Uhr	Hamburg 16.11.2014 17:30 Uhr	Hamburg 16.11.2014 20:00 Uhr
Teilnehmerzahl	7	7	5	6
Geschlecht				
männlich	4	3	2	3
weiblich	3	4	3	3
Alter				
25-34 Jahre	2	5	3	3
35-44 Jahre	5	2	2	3
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	6	2	5	7
Bildung				
Mittlere Reife	4	5	4	4
(Fach-) Hochschulreife (inkl. Studium)	3	2	1	2
Beruf	Künstlerin (freiberuflich), Controller, Studentin, Servicetechniker, Schlosser, Brunnenbauer, Kosmetikerin	Student, Krankenschwester, Friseurin, Verkäuferin, Call Center Agent (w), Taxifahrer (gelernter Lackierer), Stadtplaner	Telefonistin, Polizeibeamtin, Vertriebsleiter, Einzelhandelskaufmann, Exportkauffrau	PTA (w), Bauzeichner (arbeitssuchend), Personalberater, Key Account Managerin, Projektreferentin, Kaufmännische Angestellte

Zum Autor

Dr. Serge Embacher

lebt als Politikwissenschaftler und Publizist in Berlin. Nach dem Studium der Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über Demokratie und Öffentlichkeit. Er hat im Deutschen Bundestag als wissenschaftlicher Referent gearbeitet und ist derzeit Projektleiter beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Er veröffentlichte mehrere Monografien und zahlreiche Aufsätze über Bürgergesellschaft und Demokratiepoltik. Kontakt: www.serge-embacher.de



ISBN: 978-3-95861-142-9